

# Podiumsdiskussion: „An die Pflege denken“

Mit den Duisburger Bundestagskandidaten:

- Bärbel Bas (SPD)
- Volker Mosblech (CDU)
- Matthias Schneider (Die Grünen)
- Jörg Löbe (FDP)
- Lukas Hirtz (Die Linke)

Moderation: Stephan Kiepe-Fahrenholz

im Evangelischen Christophoruswerk e.V.  
Jochen Klepper Haus (Saal)  
Bonhoefferstraße 8 - 47138 Duisburg

**Montag, 19. August 2013**  
**17:00 - 19:00 Uhr**

**Veranstalter:**  
Arbeitsgemeinschaft der  
Verbände der freien Wohlfahrtspflege Duisburg



**V.i.S.d.P.:**  
Evangelisches Christophoruswerk e.V., Bonhoefferstr. 6,  
47138 Duisburg

# Ist die Pflege noch zu retten?

2006 wurde der erste, fachlich hochkarätig besetzte Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs (damals von Ulla Schmidt als Bundesgesundheitsministerin) einberufen.

Grund: Die als sachlich und fachlich unpassend und damit ungerecht empfundene bisherige Fokussierung auf somatische (körperliche) Einschränkungen bei der Bestimmung des Pflegebedarfs.

Sieben Jahre und zwei Gesundheitsminister später liegen zwar beachtenswerte Vorschläge vor, aber keine zu dem damit verbundenen Personalbedarf und dessen Kostenübernahme.

Sicher ist: Körperliche und geistige Einschränkungen definieren jetzt in den Vorlagen des Beirats gemeinsam den Pflegebedarf. Oder anders ausgedrückt: Pflegebedürftigkeit ist das Ausmaß der Einschränkungen der Selbstständigkeit. Dafür soll es Punktwerte geben, die dann in fünf Stufen - so genannte „Pflegegrade“ - eingeteilt werden.

Soweit, so gut. Aber wie viel Zeit und damit Personal braucht man dafür? Keiner wagt es, verbindlich und seriös über Geld zu sprechen. Und damit bleibt bisher alles „graue Theorie“.

Unabhängig von der Erkenntnis, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff durch die Zunahme geistiger und psychischer Einschränkungen der Selbstständigkeit mehr Zeit und Personal erfordert, wagt die Expertenkommission keine Aussage zur objektiven Bemessung des Personal- und Finanzbedarfes und die Politiker wagen es erst recht nicht. Vor der Wahl wollen sie es allen recht machen: den Beitragszahlern und den Pflegebedürftigen, den Jungen und den Alten, den Anbietern und den Kunden. Und nach der Wahl werden sie durch Nicht-Handeln oder faule Kompromisse keiner Zielgruppe gerecht. Und die „Lösung“ findet außerhalb der Öffentlichkeit statt:

- Die Fachkräftequote bleibt offiziell bestehen, sinkt aber faktisch, weil es einfach nicht mehr genügend Fachkräfte gibt.
- Die Kostenträger bestimmen die Personalausstattung, von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich – ohne nachvollziehbare Kriterien.
- Der Aufwand und damit die Kosten für die Bürokratie steigen unaufhaltsam mit jedem Entbürokratisierungsreförmchen, jedem Behördeneingriff, jedem Gerichtsurteil.
- Vermeintlicher Verbraucherschutz mündet in umfangreiche Haftpflichtvermeidungsmaßnahmen und verhilft keineswegs zur besseren Betreuung oder gar zur mehr Menschlichkeit.
- Die Gewerkschaften meinen, mit höheren Gehältern werde mehr und besser gepflegt, aber durch wen?
- Die Standesorganisationen wollen mehr und besser bezahlte Fachkräfte in der Pflege einsetzen, aber es gibt sie nicht. Es sei denn, jeder dritte Schulabgänger würde Altenpfleger werden.

## Wir wollen endlich:

- Wir fordern objektive Bemessungsgrundsätze für besser qualifizierte Fachkräfte in den Pflegeheimen und Diensten, die in der Lage sind, mehr und besser angeleitete, freundliche und einfühlsame Mitarbeiter zu führen und zu organisieren.
- Qualifizierten Zuwanderern eine systematische sprachliche und fachliche Integration ermöglichen und auch hier bürokratische Hürden abbauen.
- Eine bundeseinheitliche Personalbemessung in den Pflegeeinrichtungen, sofort, auch auf der Basis des aktuellen Pflegestufensystems.
- Eine klare Aussage, dass mehr Pflege mehr Geld kostet und wie viel wir bereit sind, dafür aufzuwenden – vor und nach der Wahl.
- Eine Durchsicht aller bürokratischen Aufgaben in der Pflege mit einer klaren Zielvorgabe, die Hälfte davon zu streichen. Diese Zeit wird dann konsequent für die Pflege und Betreuung eingesetzt.
- Keine dogmatische Debatte „ambulant vor stationär“, sondern die Aufhebung der leistungsrechtlichen Trennung.
- Nicht ein System, sondern der Mensch steht im Mittelpunkt.